

Veröffentlichung zum 14. Weltkongress Grundeinkommen (BIEN), München, 14.-16. Sept. 2012

Bedingungsloses Grundeinkommen und Teilhabe an den Naturressourcen – ein Stufenplan zur ökologischen Grundversorgung

Harald J. Orthaber, **zfs**^{*}, Wien, Sept. 2012

Einleitung

Wir, in den kapitalistisch reichen Ländern, befinden uns in einem Laufrad einer sozial-ökologisch zerstörerischen Verkettung von "Geld", "Wirtschaftslobbying" und "repräsentativer Demokratie". Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage ist geprägt durch Überkonsum, Arbeitsplatzabbau und einer Schere zwischen Kapitalkonzentrationen und Armut (Geldnot). Eine wachsende Verschlechterung der Umweltsituation und in der Versorgung mit Naturressourcen (nachwachsende Rohstoffe und Energie), hervorgerufen durch Raubbau und Klimawandel stehen bevor. Welche Chancen könnten sich auftun, da herauszukommen?

Zunächst stellen sich Fragen wie – wird die Lage von den Menschen mehrheitlich auch so gesehen? Wollen oder können wir, als einfache BürgerInnen, überhaupt etwas ändern?

Kann angesichts einer klaren Diagnose ein Handeln im gegenwärtigen System ohne erkennbare soziale und ökologische Rahmen mit unveränderten Instrumenten und Zielen wie, Vollbeschäftigung mit Erwerbsarbeit, Wirtschaftswachstum und nicht zuletzt die Geldmengen- und Geldknappheitspolitik mit der Geldabhängigkeit in allen Lebenslagen, es gar nicht anders sein, als es ist?

Wäre daraus nicht zu schließen, dass uns eine neue Ära des menschlichen Zusammenlebens und Wirtschaftens nahezu zwingend bevorsteht, unter anderem ermöglicht durch neue Kommunikationsmedien, mit denen bedrohlich nahende Umweltveränderungen und Erfahrungen aus vergangenen Krisenzeiten besser vermittelt werden könnten?

Ist das (neue) Ziel nicht „ein gutes Leben für alle?“ – Ein Leben in Freiheit, Würde und Sicherheit?

Sind daher die bisherigen sozialen Strukturen nicht grundlegend zu verändern? Steht dies und wie weit in einem Zusammenhang mit dem Umweltbereich? Im Prinzip sind sich viele darin einig, dass gemeinsam soziale und ökologische Lösungen gefunden werden müssen. Könnte nicht gerade die Kombination von neuen sozialen und ökologischen Lösungsmodellen eine Gesamtlösung erleichtern, oder gar erst umsetzbar machen? Was ist das Gemeinsame und was braucht es also noch?

Diese Fragen werden in der vorliegenden Schrift erläutert, Rahmenlösungen dafür angeboten und auch eine mögliche Wegbereitung zur praktischen Umsetzung dazu skizziert werden. Wie beim Bedingungslosen Grundeinkommen soll eine Umsetzung allein aufgrund politischer Willensentscheidung erreicht werden. Die Instrumente könnten mittels eines Stufenplans ineinander greifen.

Wie wird die Welt gesehen – ein Bewusstseinswandel?

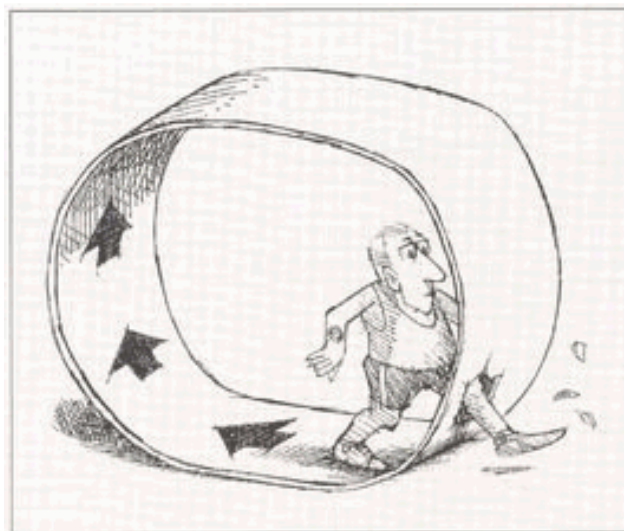
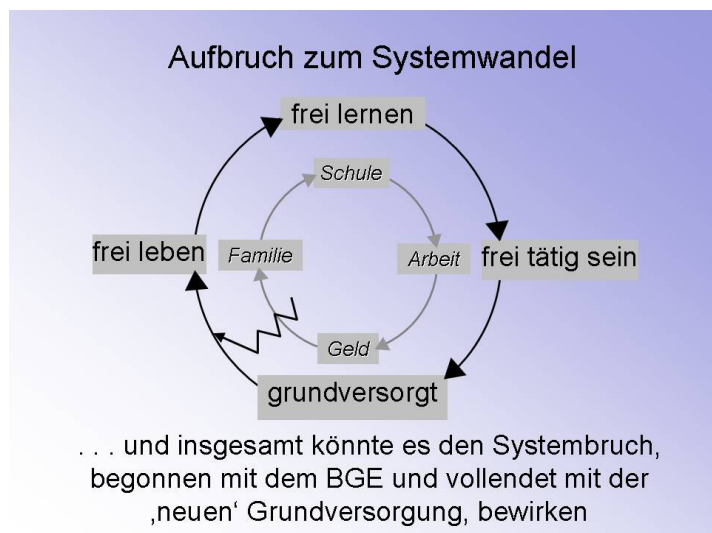
Es war schon immer eine Welt der Gegensätze. So mancher Despot trug zunächst starke Visionen einer Befreiungsideologie in sich, eine Befreiung, die das ganze Volk oder einzelne Menschen vor der Knechtschaft einiger weniger betrifft. Neulich ist dem Autor dazu als bemerkenswertes Beispiel eine Publikation „Das grüne Buch. Die dritte Universaltheorie.“, von – man staune – M. Al Qaddafi, in die Hände gefallen. Wird seine unrühmliche Diktatur und grausame Gewalt mit bekanntem Ausgang dem gegenübergestellt, könnte der Gegensatz nicht größer sein. Abgesehen von Darstellungen einer Gleichsetzung von Natur und Religion, der Huldigung von Nationalismen sowie einer naturgegebenen Rollenverteilung von Mann und Frau und einiger weiterer befremdlicher Absagen, wie Ablehnung von passivem Besuch von Sport- und Kulturveranstaltungen, werden direktdemokratische (eine echte Volkssouveränität) und wirtschaftstheoretische Überlegungen über Arbeit, Bedürfnisbefriedigung und soziale Unabhängigkeit und Absicherung skizziert, die den heutigen Occupy-Bewegungen nicht nachstehen. Ohne dabei das bekannte Ende seiner grausamen Gewaltherrschaft auch nur im geringsten andeuten zu wollen (wie solch ins Gegenteil schlagende Verirrungen zustande kommen, wird wohl stets rätselhaft sein), sind in der laufenden parteipolitischen Szene repräsentativer Demokratien sehr ähnliche gedankliche Muster einer bürgerlichen Befreiung auch in freiheitlichen Bewegungen zu finden.

Wenn die Behauptung von Libertären bis Neo-Liberalen stimmt, dass es in den Eckpositionen nur zwei Menschentypen gäbe – diejenigen, die lenken (in einer sehr kleinen Minderheit) und diejenigen, die gelenkt werden wollen (in sehr großer Mehrheit) – und aus diesem Grund ein Gesellschaftsaufbau gar nicht anders zustande kommen kann, wie er es eben tut und wie er sich stetig neu entwickelt, so könnte unter gewissen weiteren Rahmenregelungen und Verhaltensmuster ein solch angelaufenes Wirtschaften wie in einem riesigen Hamsterrad erfolgen. Einen Denkanstoß an dieses riesige Gesellschaftslaufrad beschrieb der Autor in der Schrift „'Neue' Grundversorgung als Tabubruch bei Familie, Schule, Arbeit und Geld und als Brückenbau zum

* Das **zfs** ist seit Mai 2007 ein Projekt in der Initiative Zivilgesellschaft (<http://www.initiative-zivilgesellschaft.at>), einer Projektgemeinschaft aus gegenwärtig über 40 Initiativen und Organisationen.

Systemwandel“ zum 5. Sozialforum in Leoben „Systemwandel statt Klimawandel!“ (2010). Untenstehend ein graphischer Ausschnitt (links) daraus. Ein Aufbruch bzw. Ausbruch aus diesem Systemkreislauf wäre ebenso einfach wie logisch: Eine ‚bedingungslose‘ Grundversorgung. Ebenso treffend wird dies durch die Graphik vom Buchdeckel „Ausstieg aus dem Crash“, von Lothar Mayer (1999), dargestellt (rechts).

Doch diesem Bewusstsein stellen sich offenbar gravierende – zum Teil sicher sehr egoistische – Ängste wie Widersprüche oder



gar Perversionen, wohl so etwas wie die Schattenseiten unserer Seele, entgegen. Ist dies also auf dieser Ebene eine unauflösbare Situation? Man könnte fast geneigt sein zu sagen, ja. Der Mensch als Sklave, als erbitterter Gegner der Freiheit seiner selbst. Diese innersten Gefühle projiziert er in seine Mitmenschen nach außen, indem er selbst sich als ‚gut‘ darzustellen beliebt. Sehr deutlich ist dies für die Bewegung des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) im schon nahezu legendären Umfrageergebnis der folgenden Frage zu erkennen: „Würden Sie, bzw. die jeweils anderen Menschen, zumindest zu 50% oder Teilzeit in ihrem Job weiterarbeiten – wenn Sie ein BGE erhielten?“. Worauf dann 80% auf sich bezogen diese Frage mit „ja“ und mit der Meinung auf andere bezogen mit „Nein“ beantworteten! Ein Widerspruch – wenn auch aus menschlicher Psyche erklärbarer.

Doch bevor wir alle überhaupt soweit sind, die Frage nach dem Ausbruch aus dem Laufrad zu stellen, müssen wir erst einmal erfahren, ob die Welt von einer Mehrheit der Menschen überhaupt so schrecklich empfunden wird, wie zu Beginn der Einleitung skizziert wurde und wie es mehrheitlich in der Wissenschaft dargestellt und von den Medien zumeist berichtet wird. Auch dazu gibt es sicher ganz widersprüchliche Umfrageergebnisse. So kann man der Leserin oder dem Leser dieser Schrift die Frage nur sich selbst stellen lassen.

Als nächste grundsätzliche Frage muss die prinzipielle Sicht der Mehrheit der Menschen darauf gerichtet werden, ob sie meinen, dass wir in absehbaren, menschlichen Zeiträumen in einem von der Erde begrenzten ökologischen Raum, mit für unser Überleben notwendigen begrenzten nachwachsenden Naturressourcen leben (werden) oder nicht. Letzteres d.h., wenn jemand dies negiert, dann würde das einen unerschütterlichen Glauben an eine nahezu unbegrenzte technologische Herstellung unserer Lebensgrundlagen durch unseren Innovationsgeist bedeuten. Wenn z.B. der US-Ökonom Kennett Bolding oftmals in alternativen Kreisen mit seinem Statement „Wer in einer begrenzten Welt an unbegrenztes Wachstum glaubt, ist entweder ein Idiot oder ein Ökonom“ zitiert wird, so wird dabei übersehen, dass jene Ökonomen eher davon ausgehen, dass durch Innovation praktisch in nahezu unbegrenzter Steigerung (wir leben in Fülle) Naturressourcen / Energie verfügbar sind! So gesehen haben diese Ökonomen logisch recht, wenn sie ein unbegrenztes Wachstum annehmen. Abgesehen davon bezieht sich ihre Wachstumsrechnung auf den Vergleich monetärer Werteeinheiten mit oft fragwürdigem Realwert, d.h. sind in der „New Economy“ reine Buchungs- und Zahlenwerte auf den elektronischen Konten.

Erst, wenn eine sehr große Mehrheit diese Begrenztheit unserer Erde annimmt, wäre auch eine echte Rahmenlösung unserer machtherrschaftlichen gesellschaftlichen Situation in greifbarer Nähe. In diesen Rahmen sind dann vielfache qualitative Detaillösungen hineinzustellen, wie sie bereits viele alternative Menschen und Gruppierungen entwickelt haben, wobei sie früher oder später an den zumeist nur monetären Rahmenbedingungen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Lobbyismen scheiter(te)n. Bevor diese Vision dargeboten und schließlich auch in einer bereits projektiven Angebotsentwicklung zur „Wegbereitung einer Ressourcenwirtschaft“ erläutert wird, wird noch mit einer historischen Abfolge der Menschheitsentwicklung der grundlegende Handlungsbedarf dazu skizziert.

Steht die Entwicklungsgeschichte der Menschheit vor einem neuen gesellschaftlichen Strukturbruch?

Grob skizziert, beuten die Menschen seit Anbeginn der Menschheit, wenn von den Stammesgesellschaften abgesehen wird, sich untereinander und die Natur aus. Aus dieser Sicht wäre es somit ein Systemwandel, wenn diese Ausbeutung nicht mehr stattfindet oder nicht mehr stattfinden kann. Und es wäre an der Zeit dies über unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse und

technologischen Entwicklungen nun zu verwirklichen. Wichtig ist dabei auch zu bedenken, dass der einzelne Mensch, solange er keine großen Maschinen bedient, zu solchen Ausbeutungen und großen Zerstörungen gar nicht fähig wäre, erst in der Masse der Gemeinschaft kann er dies bewerkstelligen. In Summe muss es demnach neue scharf begrenzende Rahmen geben. Das Wort "Systemwandel" wird dabei von alternativen Bewegungen und von immer breiteren Gesellschaftsschichten seit Beginn der Finanzkrisen, 2008, auch öffentlich in den Mund genommen.

Wie gelangen wir nun zu effektiven Instrumenten, solch einen Systemwandel zu vollziehen? Betrachten wir dazu als eines der Erklärungsmodelle die schon erwähnte Menschheitsentwicklung:

Zunächst ist der Ursprung die Natur, daraus folgt der Mensch, dann die Arbeit, weil der Mensch ohne Arbeit ja nicht leben kann. Dann passierte womöglich der erste Strukturbruch in der Menschheitsgeschichte – von einer liebevoll friedlichen matriarchalischen zu einer gewalttätigen patriarchalischen Gesellschaft, möglicherweise infolge eines klimatischen Umbruchs, einer Wärmeperiode vor rd. 6000 Jahren, die die Lebensumstände (Wüstenausdehnung – Saharasia-These) dramatisch verschlechterten und Konkurrenzkampf um Nahrung unter den Menschen hervorrief. Rund 500 Jahr vor unserer Zeitrechnung kam dann in so manchen Kulturen möglicherweise der nächste Strukturbruch – derjenige der Begründung des Eigentums. Die Auflehnung z.B. gegen den Priesterfeudalismus im antiken Griechenland durch einen Sklavenaufstand brachte den Grund- und Bodenbesitz mit der Aneignung der daraus produzierten Güter.

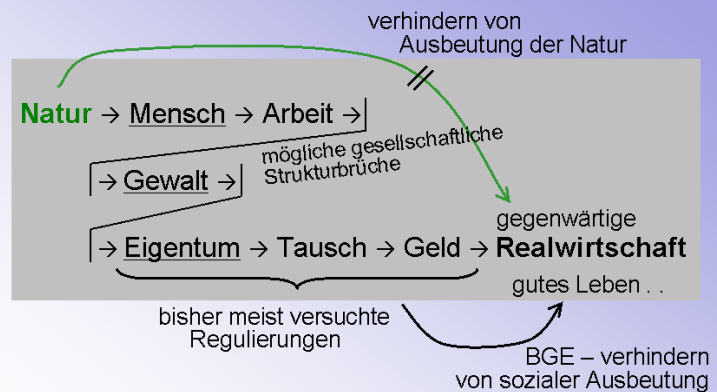
Vor dem Eigentumsbegriff gab es lediglich Besitz. Das Eigentum, mitunter dann auch von Grund und Boden, als Begründer der Geldwirtschaft? Möglich, denn ohne Eigentum gibt es keinen Tausch – so die Thesen von Heinsohn/Steiger, in ihrem Buch "Eigentum, Zins und Geld" (1996). Doch unerheblich, ob sich Geld aus dem Markt oder vom Eigentum ableitet, das Grundproblem entstand womöglich auch, als eine Vermischung von Landwert mit dem Besitz des Verbesserungswertes geschah (Thomas Paine, in seiner Schrift "Agrarian Justice", 1797, s. in Füllsack, 2002, S. 103). Paine war somit einer der ersten geschichtlich bekannten Wegbereiter eines Grundeinkommens für alle, auch wenn er selbst dieses erst für einen Teil der Gesellschaft vorsah! Analog interpretierbar ist die Aussage Jean-Jacques Rousseaus ».. die Früchte gehören allen und der Boden niemanden«, dargelegt in seinem Werk "Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen", 1755, die ebenfalls bereits diese ungerechtfertigten Eigentumsverhältnisse anspricht.

Um die Entwicklungsreihe nun fortzusetzen, entstand mit den produzierten Gütern der Markt, dann das Geld mit all seinen Spekulationsmöglichkeiten (ein jeglicher Handel ist im Grunde genommen schon eine Spekulation) und schließlich landeten wir in der gegenwärtigen Realwirtschaft. Damit ist diese Kette vollzogen. Dass was nun oftmals angeprangert wird ist, dass nicht an den Ursachen der Probleme angepackt würde, sondern an ihren Symptomen! Wenn nun die Problemlösung an der Spekulation, an der direkten Geldverteilung, am Markt und am Eigentum ansetzt, so geschieht dieses, wie oben beschrieben, doch recht weit am Ende der Entwicklungskette. Dies könnte dann ebenfalls als nahe einer Symptombekämpfung hingestellt werden. Was nun aber noch wesentlich ist: Es wird nur diese Kette der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen! Der Mensch lebt jedoch nicht nur, angefangen vom Arbeitsprozess, von seiner gesellschaftlichen Entwicklung bis zur Marktwirtschaft allein von seiner Tätigkeit, sondern auch von der Naturnutzung. Wir beziehen unsere lebensnotwendigen Naturrohstoffe und Energien möglichst zu geringen Kosten, oft gratis und das ohne Limit und Schwierigkeiten. Genau diese Art des Zugangs wird derzeit nahezu von allen übersehen, bis auf manche ökologischen und sozialen Bewegungen Nahestehende, die darauf schon länger hinweisen. Ein möglicher Ausweg wäre daher, nicht nur auf die Spekulation, auf das Geldkapital, auf den Markt und auf das Eigentum hinzuschlagen – das kann bei akuten Unrechtssituationen mitunter auch getan werden und es besteht hier durchaus ein Regelungsbedarf – sondern parallel darauf hinzuweisen, dass es notwendig ist, mindestens ebenso den direkten Zugang zu Naturgütern anhand spezielle Instrumente zu begrenzen, weil eben die Erde begrenzt ist. Damit wird ein entscheidender Schnitt – den man durchaus als weiteren Strukturbruch und damit als Systemwandel bezeichnen kann, gesetzt.

Zugang zu Naturressourcen, ein Menschenrecht sich zu ernähren, das grundlegendste knappe Gemeingut

Das Recht auf angemessene Ernährung für alle Menschen, völkerrechtlich verankert im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der UN und in Kraft getreten am 3. Jänner 1976, darf nicht zur Makulatur verkommen. Wir haben nun einen Wissens- und technologischen Stand erreicht, um diese Deklaration auch mit wirkungsvollen Instrumenten umsetzen zu können. Diese ermöglichen eine Anpassung an den Lebensraum, gekoppelt mit einem dazu

Entwicklungsgeschichte und Systemwandel



länderübergreifenden frei entscheidbaren Spielraum zur bürgerlichen Souveränität. Diese Umsetzung wird nun zur Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik werden müssen.

Unter Naturressourcen sind alle aktuellen und potentiellen nachwachsenden Naturgüter zu verstehen. Da die Erde und die darauf fallenden Sonneneinstrahlung ihre klaren physikalisch messbaren Grenzen haben, die in ihrer gesamten ökologischen Funktionalität (Wasser-, Luft- und Nährstoffkreisläufe) nicht einzelnen Menschen zugeteilt werden können, sind sie ein typisches Gemeingut (Commons) – vorliegend das ursächlichste Gemeingut des Lebens.

Gemeingut bedeutet, dass etwas allen gehört und dass jene, die einen Nutzen davon haben und es anderen entziehen, es diesen wieder in irgendeiner Form zurückgeben müssen. Wie es der vorhin schon erwähnte Thomas Paine formulierte, sollte demnach jeder Mensch von aus dem Gemeingut "Grund und Boden" produzierten Waren, eine anteilige monetäre Abgabe entrichten, die wiederum allen zu gleichen Teilen ausbezahlt wird – also ohne Arbeitsbedingung und Bedürftigkeit eine Art bedingungsloses Grundeinkommen (BGE).

Zusätzlich zum Aspekt des Gemeinguts ist in den letzten Jahrzehnten ein weiterer Aspekt hinzugekommen: durch die globale Zunahme der menschlichen Bevölkerung haben wir uns, gepaart mit der Nutzung von Großtechnologien, vergleichsweise zur bisherigen Entwicklung der Menschheit, im enormen Tempo an die vorgegebenen natürlichen Grenzen manövriert. Wirtschaftliche Strategien der Rationierung für knappe Lebensgüter werden so unausweichlich, wie sie ja auch z.B. von Extremalpinisten oder -expeditionen wie selbstverständlich eingesetzt werden. Als wirtschaftliches System in einem auf sich allein gestellten Raumschiff Erde wird dies Ressourcenwirtschaft genannt. Das gesamte menschliche Wirtschaften betreffend umfasst diese jedoch mehr, als ein schlichtes Rationieren. An dieser Stelle mag ein politisches Statement des EU-Politikers Hannes Swoboda in einer EU-Schrift 2010 'Europa 2020 aus sozialdemokratischer Sicht' den Nagel auf den Kopf treffen:

„Es müsste jedenfalls ein Wirtschaftssystem sein, das sowohl die Begrenztheit des Ökosystems Erde erkennt und darauf (re)agiert, aber gleichzeitig die Ungleichheit nicht akzeptiert, sondern im Gegenteil wieder reduziert – und das sowohl auf nationaler, europäischer als auch globaler Ebene.“

Die Ressourcenwirtschaft wirkt genau so und vor allem als Lösungsmultiplikator für andere, insbesondere gesellschaftlich orientierte Initiativen. Die in einer aufgeklärten Gesellschaft demnach schwer abzuerkennenden Kriterien einer gleichberechtigten Teilhabe und einer lebensnotwendig nachhaltigen Nutzung der Funktionalität der Natur (Erhaltung der Biokapazität) für uns alle, ist damit unverhandelbarer Teil des Rahmens für unser zukünftiges Wirtschaften. Diesen Rahmen einer Ressourcenwirtschaft müssen wir uns selbst rechtlich und instrumentell setzen. Damit wird eine völlige Umwertung von Geld, Arbeit und letztlich unseres Wirtschaftens in Gang gesetzt.

Die Effekte einer Ressourcenwirtschaft. Gegenwärtig ereilt uns die periodische Selbstpeinigung (Finanzkrise) eines wiederum eigendynamisch, kritisch gewordenen Geldsystems. Dies ist auch ein Glück, denn zusammengedacht mit einer Überwindung kommender Naturressourcenkrisen, wobei die Ernährungsfrage an vorderster Stelle steht, könnte uns die Ressourcenwirtschaft gerade noch rechtzeitig eine ganze Reihe von multiplikativen Effekten eröffnen:

- Beendigung von Finanzkrisen und der sich daraus ergebenden Erpressungen und Korruption – durch eine neue Parallelwährung mit reiner Tauschfunktion und weiteren ökologischen Funktionen
- dadurch Zuwendung zu wirklich wichtigen Zukunftsfragen der Naturnutzung, unter gegenwärtig vergleichsweise stark steigender BürgerInnenbeteiligung (Demokratiebelebung, Neudefinition und Neuverteilung von Arbeit)
- Neufestlegung von weiteren Gemeingütern (Commons) und deren Prioritäten (z.B. Ernährung vor Wohnen, vor Energie, vor Mobilität, vor luxuriöser Bequemlichkeit)
- Ökologisierung der Produktion und des Konsums gewinnt an Dynamik; letztlich stünde dann eine nationale Vereinbarung von zeitlichen Transformationsschritten zur gezielten Reduktion der Begrenzung des gesamten Naturressourcen-Durchsatzes in weiterer innerstaatlicher politischer Verantwortung – dabei blieben die individuellen privaten Prioritäten frei wählbar erhalten
- nationale Erfolge könnten dann die Ausbreitung auf andere Staaten bewirken – insbesondere eine Übertragung auf Länder des Südens wäre dabei ungemein wichtig.

In Zusammenschau mit so manchen gesellschaftlichen Fragestellungen ergäbe die Ressourcenwirtschaft eine Loslösung von Fragen zur Einkommensverteilung hin zur Arbeitsverteilung, Arbeitsqualität, lebensfreundlicher Wirtschaft, sowie die Fokussierung der Nachhaltigkeit auf die ökologische Frage.

Eine pragmatische Politik und demokratiepolitische Umsetzung. Nun mag gefragt werden, welche persönlichen Anreize für einzelne Menschen in Kommunen, auf dem Land wie in der Stadt, sich bieten könnten, um solch einen wirtschaftlichen Rahmen zu wollen oder wenigstens zu akzeptieren? Ist es nicht ein weiteres (ungeliebtes) Kontrollinstrument, wenn auch für lebenswichtige Ressourcen? Ein weiterer Strichcode, gleich Gefängnisstäben eines reglementierten Lebens? Für den Autor ist es ein Austrittstor aus dem zerstörerischen Wirtschaftslauf, ein Angebot zur Entwöhnungskur von Geldsucht über die therapeutische Wirkung durch Akzeptanz neuer Werte.

Im Nov. 2011 sprach sich ein Biobauer in Wien bei der Konferenz 'Land beleben – Land gestalten' des Vereins 'Die Landgestalter' mit erstaunlich energischen Worten für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) aus. Er meinte, angesichts jahrzehntelanger Förderungen vonseiten der EU, wäre nun keine positive Entwicklung mehr absehbar und nur ein BGE könnte den ländlichen Raum neu beleben. Ein Vertreter des österreichischen Arbeitsmark-Service pflichtete ihm bei. Der vorliegend

vorgeschlagene Rahmenweg ist nun zwar kein monetäres BGE, jedoch eine dazu kompatible Form der Verteilung des Gemeingutes 'Grund und Boden', ohne jedoch in Eigentumsverhältnisse einzugreifen. Er wirkt wie ein Zugang zur Luft, die wir alle atmen. Der Autor wüsste dagegen keinen schwerwiegenden Einwand einzubringen. Zusammen mit einem inspirierenden Signal, auch die Herzen der Menschen anzusprechen, vermag dieser Weg doch als pragmatisch anwendbares Instrument für eine demokratiepolitische Umsetzung auszureichen, zumal eine klar absehbare Mehrheit mit deutlichen Vorteilen und eine sozial-ökologische, ethisch begründete Logik dahinter stehen.

Einer Einführung stünde so gesehen nichts im Weg. Sie könnte über mehrstufige Übergangsphasen mit ausreichenden Zeitspannen für die technische Planung und Umsetzung, für die Informationspolitik und auch mit sozial sofort spürbarer Wirkung ablaufen.

Ein Stufenplan zur Einführung

Oft und lang werden bei Miseren der Geldwirtschaft breit gefächerte, nun meist schon gut bekannte Analysen und Diagnosen, bemüht. Für Alternativvorschläge wird dann der Raum weit spärlicher genutzt, befindet man sich ja selbst in den Fängen einer Geldwirtschaft, aus der eine Befreiung wie ein Versprechen des Barons Münchhausen klingt, der "sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen" wollte.

Aktuell wissen wir um die wichtigsten zu lösenden Fragen: soziale Verteilungsfrage und Umweltfrage. Festgehalten wird aber meist noch bei Arbeitsplatz- und Pensionssicherung, verbunden mit einem vage definierten Wirtschaftswachstum und Geldsparpaketen. Die Armutsbekämpfung degeneriert dagegen zum Lippenbekenntnis und Sozialtransfers werden nur parallel mit Missbrauchsverhinderung und Hochhalten der LeistungsträgerInnen zu nennen gewagt. Ansonsten würde man sich in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen ev. unerwartet in Bereiche von Tabubrüchen begeben, die weder den Regierenden angenehm noch den Regierten offenbar geheuer sind. Wie sind jene Hemmnisse also zu überwinden?

Wenn so manche meinen, es sei zugleich bei den Regierenden (von "oben") und bei den Regierten (von "unten") der Hebel anzusetzen, so mag das stimmen, benötigt aber dennoch sehr gute inhaltlich plausible Lösungen. Wenn aber gute Einzellösungen nicht reichen, vielleicht besteht die Hoffnung dann in einem Lösungspaket, das sowohl die gegenseitige inhaltliche Zusammenarbeit ermöglicht und stärkt und zusätzlich ein plausibles zusammenhängendes Übergangsszenario bietet. Sehen wir uns also das folgende Gesamtpaket einer zusammenhängenden Kette, im Gegensatz zu Einzellösungen, an. Es geht letztlich um das Vertrauen der BürgerInnen.

1. "Bedingungsloses Grundeinkommen" → 2. "Steuerumlagerung" → 3. ökologische ('neue') Grundversorgung

In einem Stufenplan ineinander greifender Maßnahmen wird also mit einem "bedingungslosen Grundeinkommen" (BGE) begonnen. Dieses ist infolge der Diskussionen um ähnliche Modelle zumindest eine nicht mehr völlig unbekannte Forderung, hat allerdings als alleinige diesbezügliche Maßnahme unter den BürgerInnen nach wie vor massive Akzeptanzprobleme. Parallel dazu erfolgt demnach eine über 10 Jahre reichende schrittweise Umlagerung der Steuern von Arbeit/Mehrwert auf Energie/Material/Bodennutzung, woraus sich eine zum BGE zusätzliche, ökologisch orientierte Geldversorgung (Negativsteuer) ergibt. Das BGE kann daran angepasst reduziert werden und zusammen wird eine sozial-ökologische, konstante Absicherung gewährleistet. Am Ende dieser zehnjährigen Periode erfolgt der Umstieg vom gegenwärtigen Geldwirtschaftssystem bzw. die Parallelschaltung auf ein sogenanntes Ressourcenwirtschaftssystem, das das gegenwärtige Besteuerungs- und Bilanzierungssystem in ein ökologisches Verrechnungs- und Bilanzierungssystem umwandelt. Die technischen Maßnahmen werden dazu innerhalb des erwähnten zehnjährigen Zeitraumes erarbeitet und umgesetzt. Ein erstes Detailprojekt ist nun in Planung und wird im Schlusskapitel skizziert. Begleitend dazu ist eine Informations- und Arbeitsplattform im Aufbau.

Wirksamkeit: Das BGE, als **erste Stufe** und als ein entscheidend wichtiges Prinzip, gibt mit seiner dahinter stehenden Ethik berechtigte Hoffnung, die negative soziale Situation, wie sie bei gegenwärtigen anderen Instrumenten nach wie vor besteht (z.B. Harz-IV in Deutschland, bedarfsorientierte Mindestsicherung in Österreich), positiv zu wenden. Das hätte eine in der Menschheit seltene, wenn überhaupt jemals dagewesene, grobe Befreiung von einer gegenseitigen Abhängigkeit zur Folge (im Prinzip eine Beendigung der Ausbeutung der Menschen untereinander). Natürlich ist das für eine herrschende Klasse unerwünscht und es wird in so mancher Form (zum Teil mit unbewiesenen Begründungen und Unterstellungen) eine Abwehrhaltung gezeigt. Zu Hilfe kommt ihnen dabei, dass solche ablehnenden Begründungen sogar bei den ärmeren Schichten der



Gesellschaft stark mehrheitlich aufkommen und getragen werden. Bei mehr an Informationen ändert sich das Bild.

→ beispielhafte Rückmeldungen von BürgerInnen: Das BGE würde einer gesellschaftlichen Revolution gleichkommen, zur Begeisterung müssten die Menschen aber erst infiziert werden – Notwendigkeiten werden sich für die meisten erst ergeben.

Die **zweite Stufe**, die Steuerumlagerung (Ökologisierung), ist eine Form der schon seit Ende der 70er-Jahre im Prinzip angestrebten Maßnahme (Aubauer, Bruckmann 1984). Doch genauso, wie sie damals keinen Durchsetzungserfolg hatte (insbesondere bei den LobbyistInnen), ist auch bei dieser Form immer noch Widerstand zu erwarten. Hans Peter Aubauer modifizierte deshalb die Steuerumlagerung zu einem schrittweise anwachsenden ökologischen Einkommen, quasi als Belohnung einer bereits in dieser Phase beabsichtigten Zurückdrängung ressourcenintensiven Wirtschaftens. Er beschreibt dies im Detail in seiner Schrift "Weniger Umweltschädigung und Arbeitslosigkeit durch kostengerechte Preise" (Aubauer, 2009). Beim vorliegenden Stufenplan wird zusätzlich noch das BGE schrittweise reduzierend einbezogen. Ist nach Erläuterung und Diskussion all diese mehrfachen Kombinationsoptionen eine Akzeptanz in der Bevölkerung möglich?

→ beispielhafte Rückmeldungen von BürgerInnen: Ökologisches und Soziales könnte dadurch zusammenwachsen.

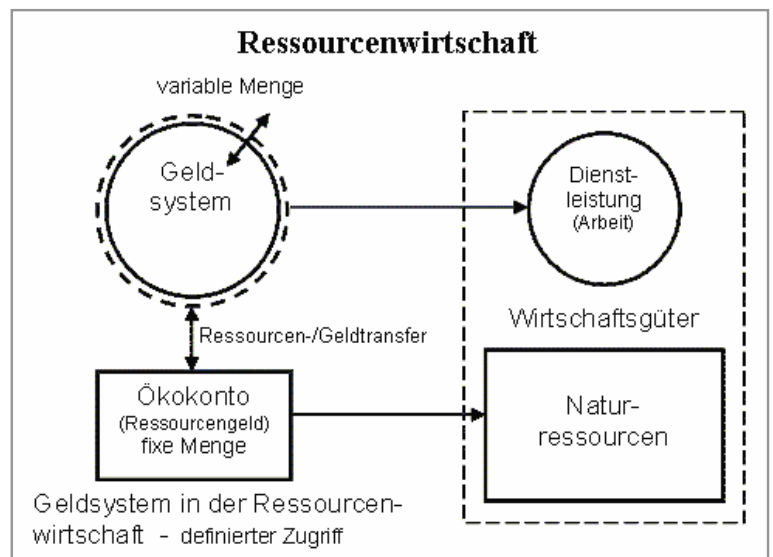
Die **dritte Stufe** eröffnet dann als neues Instrument die effektive Kombinationswirkung der ersten beiden Stufen. Sie ersetzt sie, kann, insbesondere mit der ersten Stufe, aber auch in Kombination eingesetzt werden, was die Konsistenz untereinander unterstreicht. Voraussetzung sind die vorangehenden Stufen aber nicht. Sie würden jedoch eine sinnvolle Ausnützung einer Sofortmaßnahme zur 10-jährigen Entwicklungsphase des neuen Instruments sein. Den Kern des neuen Instruments bildet eine zum gegenwärtigen Geld neue komplementäre Parallelwährung (Ressourcenwährung von H. P. Aubauer, 2006). Damit wird die schon vor langer Zeit angestrebte Absicherung einer naturwertbezogenen Grundversorgung erzielt (Einführung "neuer" Werte). Diese Parallelwährung bildet einen sozial-ökologischen Rahmen zur Bewahrung unseres Naturhaushalts, zur Wahrung der menschenrechtlichen Chancengleichheit und zur Errichtung eines neuen gerechten Verteilungsmechanismus des monetären Geldsektors, der diesen zugleich krisensicher stabilisiert. Die schädigende Ausbeutung der Natur und die schädigende Ausbeutung der Menschen untereinander werden damit in einem wesentlichen Kern gelöst.

→ beispielhafte Rückmeldungen von BürgerInnen: Die Benennung dieser Parallelwährung wäre aber mit Bedacht auszuwählen, ein "Geld"-Begriff eher zu vermeiden; durch die Neuheit des Denkens bestehen Vorurteile bezüglich zu hoher Komplexität und könnte für die Umsetzung ein Problem sein.

"Stellen SIE sich vor, SIE bekämen jeden Monat auf IHR Konto einen bestimmten Betrag, zunächst in mehrjähriger Übergangsphase in der jeweiligen Landeswährung und dann in einer naturressourcen-bezogenen Währung. Wie würde das IHREN bisherigen Lebensstil verändern? Ich denke, jeder von uns würde sich dann doch eher eine Erwerbsarbeit nach seinem Geschmack, seinem Talent entsprechend suchen, oder? Und darüber hinaus würde dieses Ressourcengeld doch wesentlich unsere Entscheidungen im Verbrauch von Energien beeinflussen, so z.B. wenn ich zu Fuß gehe, dann spar' ich Geld, das ich dann gut und gerne für mein Hobby ausgeben könnte. – Lassen wir uns doch ein auf das Risiko dieses Konzepts! Es kann doch nicht gefährlicher sein als das Credo der liberalen Marktwirtschaft, das uns glauben machte, es gäbe keine Alternative!" [Ilse Kleinschuster]

Jahr	Rückvergütung an Erwachsene (>14J.) Euro pro Person Jahr	wachsende Steuern auf				sinkende Steuern (in % aller Steuern/ Beiträge) auf	
		Energieverbrauch	Stromverbrauch	Material-Strom	Bau- und Verkehrs-Flächen	Arbeit	Mehrwert
		Cent pro kWh _{th}	Cent pro kWh _{el}	Cent pro Kg	Euro pro m ² Jahr		
0	0	0	0	0	0	66,75%	17,66%
1	1.365,41	0,48	1,44	1,81	0,73	60,09%	17,66%
2	2.867,36	1	3	3,8	1,54	52,75%	17,66%
3	4.519,50	1,58	4,74	5,99	2,43	44,68%	17,66%
4	6.336,86	2,22	6,66	8,39	3,41	35,80%	17,66%
5	8.335,96	2,92	8,76	11,04	3,36	26,04%	17,66%
6	10.534,95	3,68	11,04	13,95	4,25	15,30%	17,66%
7	12.953,90	4,53	13,59	17,16	6,98	3,48%	17,66%
8	15.614,67	5,46	16,38	20,69	8,41	0%	8,15%
9	16.933,19	5,92	17,76	22,43	9,12	0%	0%

Aubauer: aus seinem Buchbeitrag „Weniger Umweltschädigung und Arbeitslosigkeit durch kostengerechte Preise“ Wien, März 2009, Daten von 2006



Die Ressourcenwirtschaft im Vergleich zu anderen Modellen

Dieses Kapitel wurde zum Plenumsvortrag „Rio+/-20“ (nachzuhören: <http://members.chello.at/zfsnet/#zq10>) der 10. Konferenz Initiative Zivilgesellschaft, Ossiach, Juni 2012, erarbeitet.

Der direkte Bezug der Ressourcenwirtschaft zum BGE kann nur über die Almendewirtschaft, eine Wirtschaft des Gemeinguts (Commons) der Natur, verstanden werden. Der Bezug zur Umwelt und Ökologie, sie als Begrenzung wahrzunehmen und zu bilanzieren, ist dagegen begrifflich augenscheinlicher. Besonders interessant ist nun, dass beide Bezüge gleichermaßen angesprochen werden. Eine solche Funktion wurde offenbar in all den Umweltgipfeln, begonnen mit Stockholm 1972, über Rio 92 bis jetzt ‚Rio plus 20‘ nicht wahrgenommen. War es noch das damalige technische Unvermögen einer praktischen Umsetzung (Computer- und Kommunikationstechnik waren noch nicht oder erst wenig entwickelt) oder bereits ein gewisses Kalkül geschickter Verhinderung vonseiten des Establishments? Jedenfalls hatten schon damals in den 70er-Jahren z.B. die Wissenschaftsgruppe rund um Dennis Meadows, Jay W. Forrester (Grenzen des Wachstums, 1972), beauftragt von Club of Rome, und Herman Daly (Steady State Economy, 1977), US-Ökonom, bereits Wirkungsmechanismen erkannt und Steuerungsprinzipien klargelegt, die als Basis der vorliegenden Ressourcenwirtschaft gelten können. Möglicherweise hätte so manches in diese Richtung schon 1992 in die Wege geleitet werden können. Stattdessen wurde in Kyoto 97 der CO₂-Emissionshandel (ETS) beschlossen und 2005 etabliert. Und damit gelangen wir zu einer Vergleichsreihe von verschiedenen Modell-Entwicklungen:

Wenn auch das Grundprinzip eines Rationierungssystems (Begrenzung und Verteilung) dahinter steht, so sind beim ETS die Mengenzuteilungen lobbyistisch oder politisch motiviert, eine Teilnahme erst ab bestimmter Unternehmensgröße möglich oder verpflichtend – je nachdem wie es gesehen wird –, anstatt alle BürgerInnen zu beteiligen und nicht zuletzt ist der komplexe CO₂-Kreislauf das Bezugsobjekt. Ein globaler Handel zwischen Unternehmen unterschiedlicher monetärer Kaufkraft und in Form eines Ablasshandels ist ebenso möglich wie unfair.

Douthwaite (IRL, verstarb im November 2011) versuchte das ETS zu modifizieren. Er entwickelte ein Cap & Share-System, indem er die CO₂-Zertifikate zunächst den BürgerInnen zuteilt, die dann von den Betrieben gegen Geld abgekauft werden können.

Lothar Mayer (D), ebenfalls mit CO₂-Bezug, beschreibt in seinem Buch ‚Ausstieg aus dem Crash‘ (1999), einen weitgreifenden Systemwandel, mit einer CO₂-Parallelwährung. Zu fehlen scheint hier aber noch eine geeignete Transfereinrichtung zwischen CO₂ und Geld, was ja ein marktwirtschaftliches System erst in Bewegung setzt.

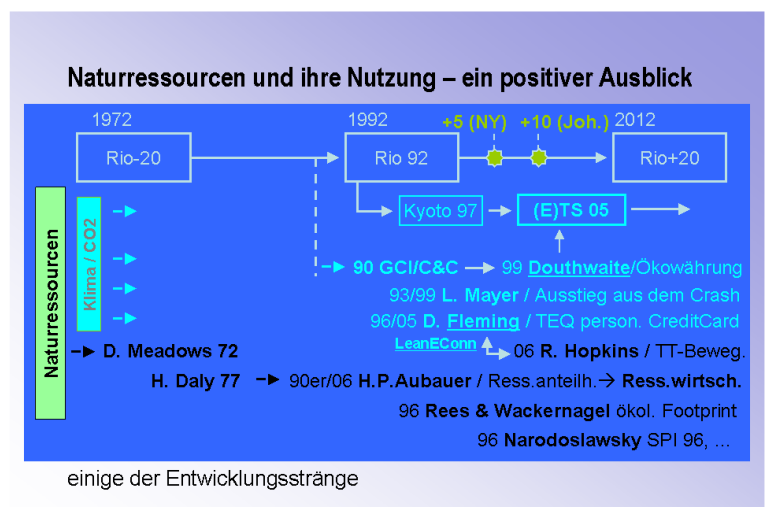
David Fleming (GB, unerwartet verstorben, Nov. 2010) entwickelte eine elektronische Parallelwährung (Carbon-Credit-Card). Im Unterhaus von GB wurde diese bereits vorgestellt und befindet sich dort nach wie vor in einer Überlegungsphase. Die Credit-Card wird nur über den Energie-/Treibstoffmarkt im Wirtschaftssystem bzw. im Kaufverhalten der BürgerInnen wirksam. Fleming war auch ein großer Freund von Rob Hopkins (Transition-Town-Movement). Beide unterstützten sich gegenseitig, da für sie diese gemeinsame Arbeit eine wichtige Quelle für einen Systemwandel war. So diskutierten und forcierten sie auch den neuen Alternativbegriff ‚Resilienz‘.

Und schließlich gibt es die Entwicklungskette von Daly-Aubauer, wo dann die Ressourcenwirtschaft als vorliegende Brückenbaukonzeption hervorging. Der ökologische Fußabdruck (Rees und Wackernagel, 1994) dient prinzipiell als Maßstab. Weiters wurde parallel zu Wackernagel ein Fußabdruck-Indikator (SPI – Sustainable Process Indicator) von Narodoslowsky (TU-Graz, 1995) entwickelt. Er verfolgt damit einen umfassenderen Nachhaltigkeitsanspruch als ihn Wackernagel beansprucht, indem er etliche weitere Umweltemissionen, umgerechnet in Flächenwerte, mitverarbeitet.

Im Vergleich zur Ressourcenwirtschaft ist nun anzumerken, dass all diese Modelle zwar das eine oder andere Grundprinzip eines Rationierungssystems (Begrenzung und Verteilung) beinhalten, jedoch entweder die jeweilige Handhabung zweifelhaft und völlig unzureichend (ETS), innerhalb der einzelnen Länder unausgewogen und kaum systemisch befreiend (Douthwaite), oder nicht den gesamten Markt erfassend (Fleming) ist. Zudem wird bei allen Modellen mit einem CO₂-Bezug gearbeitet (komplexer Kreislauf), was nur auf den Klimawandel abzielt, jedoch nicht auf die mittelfristig noch ernstere Situation der Zerstörung fruchtbarer Flächen. Es wird somit weder ein wirklich paralleles Wertesystem noch eine unabhängige Grundversorgung für alle Menschen geschaffen.

Ausblick zur Wegbereitung – ein erstes Detailprojekt

Der Weg in die Ressourcenwirtschaft muss ähnlich real beschritten werden können, wie jener in eine Gesellschaft mit ‚bedingungslosem Grundeinkommen‘. Er wird zur politischen Willensentscheidung. Die Erfolgchancen liegen nicht nur im täglichen Bewusstsein, dass unsere Freiheit, einen beliebigen Lebensstil zu wählen, dort endet, wo dieser das Leben und Überleben von anderen unmöglich macht, dem Globalen Kategorischen Imperativ, sondern bereits im praktischen Tun: Erhebung der Basisdaten mit land- und forstwirtschaftlichen Institutionen, Schaffung ökologischer Bilanzierungs- und Grundversorgungseinrichtungen etc..

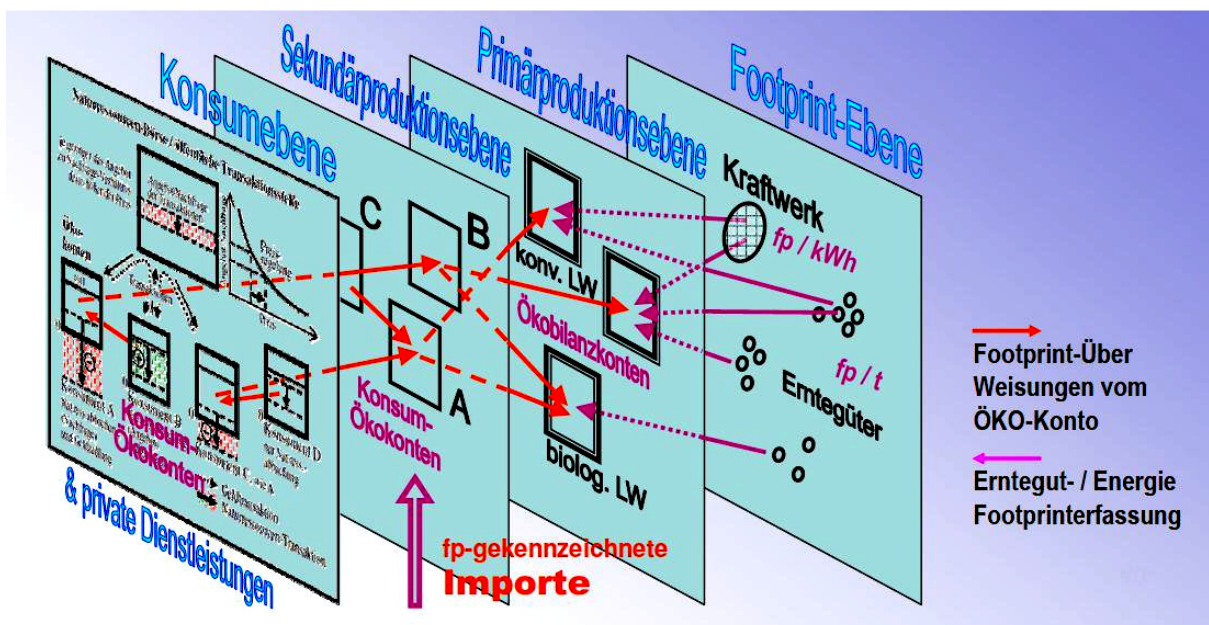


Mit der nachfolgenden Skizzierung zur Wegbereitung einer Ressourcenwirtschaft soll nun die Machbarkeit und auch die sinnvolle Notwendigkeit in der Öffentlichkeit unterstrichen werden.

Eine schrittweise Einführung. Wie im Kapitel ‚Stufenplan zur Einführung‘ beschrieben, gibt es bereits zur schrittweisen Einführung einer Ressourcenwirtschaft grobe Vorschläge auf der Geldfiskal-Ebene, wie z.B. Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), 10-jähriger Steuerumbau von der Arbeitsbesteuerung hin zur Ressourcenbesteuerung unter schrittweiser Reduktion des BGE – beide Maßnahmen sind Erleichterungen, jedoch keine Voraussetzung für den Einstieg in die Ressourcenwirtschaft. Für die letzte Stufe, betreffend die Ressourcenwirtschaft, wurde vom zfs als Anlass zu einem Seminar des Netzwerks ‚Footprinting‘ (organisiert von der Plattform Footprint, März 2011), ein Gesamtkonzept über die Wirkungsmechanismen erarbeitet und mit Beginn des Jahres 2012 die einzelnen methodisch-technischen Schritte zu dessen Wegbereitung erstellt. Diese Schritte gliedern sich wie folgt:

- Erhebung aller forst-/land-/energiewirtschaftlicher Primärprodukte als fp-‚Preisliste‘ (spezifischer fp) – das Ziel des vorliegenden Detailprojekts (fp = ökologischer Fußabdruck, kurz ‚footprint‘)
- Schaffung von Ökobilanzkonten für die PrimärproduzentInnen und einjährige volkswirtschaftliche Erfassung der fp-Werte.
- Kennzeichnungspflicht aller Folgeprodukte mit jenen fp-Werten, die bei deren Produktion selbst benötigt wurden (selbständige Allokation der fp-Werte durch alle ProduzentInnen).
- Schaffung einer speziellen Transfereinrichtung bzw. eines Preisbildungsmechanismus für die unter e) geschaffenen Konsum-Ökokonten, um fp-Werte untereinander und gegen Geld transferieren zu können.
- Schaffung von persönlichen Konsum-Ökokonten, auf die periodisch, gleichberechtigt zu gleichen Anteilen, die unter b) volkswirtschaftlich erfassten fp-Werte aufgebucht werden, wobei alle Werte stets auf das gleiche Niveau gesetzt werden. Start der fp-Abbuchungs- und Transferfunktion an den Kassen und bei Dienstleistungen zwischen den Menschen. Die Ressourcenwirtschaft beginnt damit.

Wirkungsmechanismen. Die Handhabung einer Ökobilanzierung geschieht durch eine Zusammenführung von Konsum (Konsumebene) und Naturressourcenentnahme (Footprint-Ebene). Genau genommen handelt es sich – im Konzept ganz bewusst so einfach gehandhabt – nur um eine Biomassebilanzierung. Diese Biomasse ist ein ganz wichtiger Teil unserer Lebensgrundlage und somit kann deren Entnahme bzw. Nutzung zurecht auch als einfachster Indikator für den Zugriff auf die Natur im Allgemeinen betrachtet werden, da ihre Aufwuchsintensität viele andere Parameter (Exposition, Mikroklima, Bodenfruchtbarkeit, Wasserverfügbarkeit, toxische Wuchshemmnisse u.a.) als integrale Wirkung miteinschließt. Dennoch wird der Begriff ‚Ökobilanzierung‘ im wissenschaftlichen Vergleich mit einer konkreten Erfassung einer Vielzahl an Umweltfaktoren ev. zu plakativ sein und weitere Diskussionen müssen dazu wohl noch geführt werden. Im vorläufigen Konzept wird er jedoch noch beibehalten. Diese sogenannte Ökobilanz bzw. Biomassebilanz wird also in den Ökobilanzkonten der Primärproduktionsebene (Land- und Forstwirtschaftsbetriebe, Bergbaubetriebe, Energieerzeugungsunternehmen, Deponiebetriebe, Bauunternehmen die Landflächen beanspruchen, ..) erkennbar. Sie wird (ev. stichprobenartig, ähnlich einer Wirtschaftsprüfung) behördlich (z.B. von einer Ressourcenagentur) überprüft, wobei die Summe der genutzten (eingekauften) Naturressourcen (gekennzeichnet durch Footprints) durch Ressourcennutzungsrechte (Ressourcengeld) gedeckt sein müssen. Die Ressourcennutzungsrechte stammen aus Überweisungen von den Konsum-Ökokonten (Sekundärproduktionsebene, Konsumebene). Die Naturressourcen gelangen, gekennzeichnet über Footprints, in die ‚Bücher‘ der Ökobilanzkonten. Erfasst werden die Footprints auf der Footprint-Ebene teils durch eine Erntegut-Methode und teils über eine potentielle Flächenerfassung, festgehalten in Form von spezifischen Footprintpreislisten und teils durch eine analytische Erfassung der Produkte bei Importen. Diese Produktkennzeichnung der Importe wird ebenfalls über eine Ressourcenagentur beglaubigt oder, wenn ungekennzeichnet, dementsprechend gekennzeichnet und damit für den heimischen Markt zugelassen.



Darstellung der groben Struktur der wirtschaftlichen Interaktion mittels Öko- und Ökobilanzkonten

Die vorderste Ebene der Konsumebene beinhaltet die personenbezogenen Konsum-Ökokonten. Auch die Sekundärproduktionsebene ist im Prinzip noch eine Konsumebene. Dort existieren demnach auch ausschließlich Konsum-Ökokonten. Die Ebenen-Trennung kennzeichnet hier nur die Unterscheidung produktiver (ev. mit nötiger gebundener Gewerbeberechtigung) von anderen (zum Teil privaten) Tätigkeiten. Da aber keine Abgaben (Steuern) zu deklarieren sind, gibt es diesbezüglich auch keine behördliche Überprüfung und somit sind jegliche Tätigkeiten frei.

Auf der Konsumebene erfolgt über einen ähnlichen Mechanismus, wie dem eines Ökobonussystems, eine Flexibilisierung des Wirtschaftens, indem jene, die mehr als das frei nutzbare Kontingent an Ressourcennutzungsrechten nutzen wollen, von jenen, die weniger nutzen, mit Geld, einer Waren- oder Dienstleistung, kaufen oder tauschen müssen. Dadurch entsteht ein Angebot-Nachfragepreis für Ressourcennutzungsrechte und damit eine systemstabilisierende Verkopplung von Geld und Naturressourcen, eine Art Verteilungsgerechtigkeit.

Detailprojekt. Der erste Schritt a), der anfangs angeführten Gliederung, wird nun als erstes Detailprojekt, unter Einbeziehung aller Fachbereiche, die sich mit dem direkten Zugriff und der Flächeninanspruchnahme der fruchtbaren Ertragsflächen befassen, geplant. Ziel ist die Vollerfassung des spezifischen ökologischen Fußabdrucks („spez.fp“) aller vom Feld geernteten oder verfütterten, marktgängigen, pflanzlichen und tierischen Produkte. Weiters werden genutzte Flächen der Abfall-, der Bau und der Energiewirtschaft einbezogen. Weitere Einzelheiten des Detailprojekts werden in den Fachbereichen bereits fortlaufend diskutiert und können hier noch nicht schriftlich ausgebreitet werden. An dieser Stelle nur einige grobe Anhaltspunkte zu der Methodik und zu den Fragestellungen:

Generell zur Erfassungsmethode: Für die Zielsetzungen der Ressourcenwirtschaft ist die Bilanzierung der Biomasse das Hauptkriterium. Diese Biomasse wird in eine dazu nötige Wuchsfäche umgerechnet, die einer äquivalenten durchschnittlichen Ertragsleistung entspricht. Ein bereits dafür bekanntes Maß ist der globale ökologische Fußabdruck von Rees und Wackernagel (1994). Sie nahmen den globalen Durchschnittswert als jeweilige Ertragsleistung. Da die Ressourcenwirtschaft unter anderem langfristig auch auf einen global-solidarischen Ausgleich abzielt, ist dieses Referenzmaß zunächst prinzipiell gut geeignet. Im Detail wird bei der Ressourcenwirtschaft allerdings bezüglich der Erntegüter auf eine physikalische Erfassung der Biomasse mittels photosynthetischer Kohlenstoffbindung gesetzt und nicht auf eine statistische Ertragsauswertung. Weiters wird aus markttechnischen Gründen für alle Erntegüter der spezifische ökologische Fußabdruck (fp pro Erntegutmasse), bezogen auf das Frischgewicht, ermittelt. Spezielle weitere Anpassungsfragen zur Wackernagel-Methode, z.B. hinsichtlich der Homogenisierung der Daten zwischen seinen Nutzungskategorien (Wald-, Acker-, Weideland, etc.) mittels Äquivalenzfaktoren, wären noch zu untersuchen.

Zum Fachbereich Waldbau: Die Nutzungskategorie Wald (um mit Wackernagel konform zu gehen) umfasst im Wesentlichen ein relativ einheitliches Ernteprodukt „Holz“, mit relativ engen Grenzen der Variabilität des Kohlenstoffgehalts pro Trockenbiomasse. Die Umrechnungen, bezogen auf Festmeter, liegen für jede Holz- bzw. Baumart auf marktwirtschaftlicher Ebene bereits vor. Inwieweit Abfallprodukte (Rinde, Nadel-/Blattwerk, etc.) eine spezifische Verwendung finden und gesondert erfasst werden sollen, wäre noch zu klären. Ebenfalls sind Standortunterschiede auf signifikante Varianzen bei den Baumarten ev. noch zu untersuchen.

Zu den Fachbereichen Feld-, Gemüse-, Obst- und Weinbau: Sie alle zählen lt. Wackernagel zur Nutzungskategorie ‚Acker‘. Trotz vielfältiger Nutzungsteile seiner Produkte, möglicher Koppelprodukte und Vorverarbeitungen ist die Erfassung (Buchhaltung der Biomassebilanz) auf eine möglichst einfache Handhabung auszulegen. Da die Biomasse, bzw. der photosynthetisch gebundene Kohlenstoffgehalt, für den Großteil der Erntegüter bisher keine elementare Kategorie war, liegt dieser – bis auf Angaben in Lebensmittel-Nährwerttabellen (aus diesen könnte der Kohlenstoffgehalt mathematisch grob errechnet werden) – nicht gesammelt vor. Je nach Aufwand und Datensicherheit sind somit chemische Analysen oder eine rechnerische Ermittlung durchzuführen.

Zum Fachbereich Grünlandwirtschaft: Hier ist die marktwirtschaftliche Nutzung von Grundfutter sowie der große Bereich der Fleischwirtschaft zu behandeln. Bei letzterem wird, aufgrund möglichst einfacher Handhabung für den wirtschaftenden Hofbetrieb, abzuwiegen sein, ob die Erfassung über den Fleischabsatz, zurückgerechnet auf den Futteraufwand und abzüglich der zugekauften Kraffuttermenge, oder ob sie direkt über selbst produzierte Futtermengen, gehen soll. Umfassende Modelle für die Rückrechnung existieren.

Zum Fachbereich Energiewirtschaft: Hier wird nur jener Flächenbereich berücksichtigt, der infolge der Energieerzeugung einer potentiellen Biomassenutzung verloren geht. Bei der Bewertung oder Bemessung fossiler oder atomarer Energieerzeugung gibt es je nach politischem Ansatz und Werthaltung große Differenzen. Auch die jeweilige Politik bezüglich des Klimawandels spielt hier eine große Rolle. Diskussionen rund um andere fp-Bemessungsmethoden, wie diejenige des ‚Sustainable Process Indicator‘ (SPI) von Narodoslawsky, werden dabei diskutiert. Vonseiten der Ressourcenwirtschaft gibt es zu diesen Fragestellungen ebenfalls die klare Konzeption einer auf Basis der Biomassebilanz verlorenen fruchtbaren Fläche. Weitere optionale politische Erwägungen werden jedoch ins Auge gefasst.

Zu weiteren flächenwirksamen Fachbereichen – Abfallwirtschaft und Siedlungsstruktur/Raumplanung: Hier wird ebenfalls nur jener Flächenbereich berücksichtigt, der infolge der Nutzung oder auch nur der Flächenwidmung einer potentiellen Biomassenutzung verloren geht oder gehen könnte. Bei der Abfallwirtschaft sind Aspekte der Zusatz- oder Nachnutzung (z.B. Kompostierung, Energieerzeugung, etc.) interessant. Bei der Siedlungsstruktur sind vor allem langfristige Nutzungs- und Sanierungsperioden in Betracht zu ziehen, die eine vorausschauende Planung und Beratung für die Bauwirtschaft und die Siedlungs- und Infrastrukturpolitik und die dazu entsprechenden Tools einbeziehen. Bereits vorhandene Tools wären hier zu untersuchen.

Informationen zum Projekt werden mitunter zunächst auf der zfs-Kurzinfo-Webseite <http://members.chello.at/zfsnet/> gegeben. Eine Informations- und Arbeitsplattform auf CMS-Basis ist im Zuge der Projektentwicklung in Planung. Sie erlaubt dann auch einen Einstieg zur Mitarbeit, dient der fachlichen internationalen Vernetzung und ermöglicht die Unterstützung und Verbreitung der Rahmenlösung „Ressourcenwirtschaft“ sowie dazu die Entwicklung ev. nötiger Begleit- und Zusatzmaßnahmen.

Literaturhinweise:

- Aubauer, Hans P., 2009: Weniger Umweltschädigung und Arbeitslosigkeit durch kostengerechte Preise. *Fakultät für Physik der Universität Wien*. (<http://homepage.univie.ac.at/hans.peter.aubauer/dateien/Aubauer-I.pdf>)
- Aubauer H. P., Orthaber H. J., 2007: Ressourcenwirtschaft und ihr Brückenbau zur gegenwärtigen Wirtschaft und zu anderen Alternativen zur Erreichung ökologischer und sozialer Ziele der Naturbewahrung und einer gerechten Verteilung der Lebenschancen. Workshop an der Sommerakademie-attac (SOAK), in Schwaz, Juli, 2007. (http://www.zfs-hopeful-change.net/downloads/Ressourcenwirtschaft-Brueckenbau_Aubauer-Orthaber_SOAK07.pdf)
- Aubauer, Hans P., 2006: A just and efficient reduction of resource-throughput to optimum. In: *Ecological Economics*. (<http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S092180090500368X>)
- Aubauer, H. P., Bruckmann, G., 1984: Eine Energie- und Rohstoffabgabe statt der Besteuerung von Mehrwertschaffung und Arbeitseinsatz. In *Wirtschaftspolitische Blätter* 4, 357 - 366.
- Daly, Herman E., 1977: *Steady-State Economics. The Economics of Biophysical Equilibrium and Moral Growth*. San Francisco, CA, *W. H. Freeman*.
- Douthwaite, Richard, 1999: *The Ecology of Money*. (<http://www.feasta.org/documents/moneyecology/contents.htm>)
- Fleming, D., Chamberlin, S., 2011: TEQs (Tradable Energy Quotas). A Policy Framework for Peak Oil and Climate Change. (erste Veröffentlichung 1996: DTQ – Domestic Tradeable Quotas). (http://www.teqs.net/APPGOPO_TEQs.pdf)
- Füllsack, Manfred, 2002: *Leben ohne zu arbeiten? Zur Sozialtheorie des Grundeinkommens*. AVINUS Verlag, Berlin, 217 S..
- Mayer, Lothar, 1999: *Ausstieg aus dem Crash. Entwurf einer Ökonomie jenseits von Wachstum und Umweltzerstörung*. Oberursel (Publik-Forum) (<http://www.ausstieg-aus-dem-crash.de/>)
- Meadows, Dennis L. et al., 1972: *The Limits to Growth*. Universe Books (commissioned by the Club of Rome).
- Narodoslawsky, M. & Krotscheck, C., 1995, "The sustainable process index (SPI): evaluating processes according to environmental compatibility", *Journal of Hazardous Materials*, vol. 41, no. 2-3, pp. 383-397.
- Orthaber, Harald, J., 2012: Zugang zu Naturressourcen. *Permakultur Austria - Magazin*, 15. Jhrg. – Nr. 47, Mai bis September 2012, Wien, S. 6-7. (http://www.zfs-hopeful-change.net/downloads/Permak-Nr47-Beitr-ZugangRess_6-7.pdf)
- Orthaber, Harald, J., 2012: Ein Recht sich zu ernähren. *Permakultur Austria - Magazin*, 15. Jhrg. – Nr. 46, Jänner bis Mai 2012, Wien, S. 14-15. (http://www.zfs-hopeful-change.net/downloads/Permakultur-Nr46-Beitrag_zfs-Ernaehrungssouv.pdf)
- Orthaber, Harald J., 2010: 'Neue' Grundversorgung als Tabubruch bei Familie, Schule, Arbeit und Geld und als Brückenbau zum Systemwandel. Beitrag zum 5. Sozialforum in Leoben „Systemwandel statt Klimawandel!“, Mai 2010. 18 Seiten, unveröffentlicht.
- Orthaber, Harald J., 2009: *Bedingungsloses Grundeinkommen und Teilhabe an den Naturressourcen - ein Stufenplan zur "neuen" Grundversorgung*. Beitrag zur *Woche des Grundeinkommens 2009*, Wien. (<http://members.chello.at/zfsnet/downloads/BGE&neueGV-Ergeb-WoGE09.pdf>)
- Orthaber, Harald J., 2006: *Ressourcengeld – ein wichtiger Rahmen und Baustein zum Systemwandel*. Beitrag zum 10. *Allhauer Symposium "Moderne Jobs für das 21. Jhd."*, Juni 2006. (<http://www.forschungsgemeinschaft-sol.at/Symp2006.pdf>)
- Rauch, Herbert, Strigl, Alfred, 2005: *Die Wende der Titanic. Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung*. oekom verlag, München, 320 S..
- Rousseau, Jean-Jacques., Rippel, Philipp (Hrsg.), 1998: *Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen*. Reclam, Ditzingen Verlag, Stuttgart, 214 S..
- Wackernagel, Mathis, 1994: *Ecological Footprint and Appropriated Carrying Capacity: A Tool for Planning Toward Sustainability*. PhD thesis. Vancouver, Canada: School of Community and Regional Planning. The University of British Columbia (under William Rees' supervision). (https://circle.ubc.ca/bitstream/handle/2429/7132/ubc_1994-954027.pdf?sequence=1)

Dipl.-Ing. Dr. Harald J. Orthaber

zfs - Zukunftsforum: Systemwandel - für eine sozial-ökologische sichere Welt
Ein Projekt in der Initiative Zivilgesellschaft.

Wien, Austria

h.orthaber@fli.at

<http://members.chello.at/zfsnet/>